

Leipzig, den 1. Juni 2017

MINISTERERKLÄRUNG 2017 ZU GOVERNANCE IM TRANSPORT

Präambel

Der Verkehr ist die Grundlage der individuellen Teilhabe und Mobilität und trägt zur weltweiten Wirtschaftstätigkeit bei. Er verbindet Menschen und Unternehmen miteinander und mit den Märkten. Technologische Fortschritte helfen uns, natürliche Hindernisse zu überwinden, welche die Freizügigkeit von Menschen und Gütern beschränken; sie verändern die Art, wie wir leben, arbeiten und reisen.

Heute besteht die Herausforderung darin, dafür zu sorgen, dass bei der Gestaltung des Verkehrssektors, d. h. bei der Festlegung des institutionellen, gesetzgeberischen und politischen Rahmens, in dem Verkehre geplant, durchgeführt und organisiert werden, auf die dynamischen und schnellen Veränderungen reagiert werden kann, die diesen Sektor kennzeichnen, wie das Aufkommen des automatisierten und vernetzten Fahrens, Big Data sowie ganz allgemein die Digitalisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Bei der Gestaltung des Verkehrssektors sollen insbesondere die ehrgeizigen Ziele berücksichtigt werden, die 2015 in zwei großen Übereinkommen vereinbart wurden und die gegenwärtig die internationale politische Agenda bestimmen: das Klimaübereinkommen von Paris und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Vereinbarungen erfordert umfangreiche Veränderungen unserer Verkehrssysteme und -technologien sowie der Gestaltung dieses Sektors insgesamt.

Die Gestaltung des Verkehrssektors beeinflusst die Entscheidungsfindung und die Politik auf allen Ebenen – von den Fahrradwegen vor unserer Haustür bis hin zu internationalen Handelsrouten. Sie schafft den Rahmen für Gesetzgeber und Verwaltung sowie für Entscheidungen hinsichtlich so unterschiedlicher Themen wie Umwelt, Arbeitsbedingungen, Teilhabe und technischen Lösungen. Gleichzeitig besteht eine enge Wechselbeziehung zwischen der Gestaltung und den organisatorischen und finanziellen Herausforderungen des Verkehrssektors. Sehr wichtig ist, dass bei der Gestaltung des Verkehrssektors auf allen Zuständigkeitsebenen eine angemessene Balance zwischen den jeweiligen Verantwortlichen angestrebt wird.

Angesichts konkurrierender oder gar widersprüchlicher Prioritäten muss verantwortungsvolles Handeln im Verkehrsbereich für einen Ausgleich zwischen Zielen und Bedürfnissen einerseits und den Verantwortlichkeiten und Ressourcen andererseits sorgen. Vor diesem Hintergrund soll unser Handeln durch Entscheidungsprozesse und Verfahren geprägt sein, die sich durch Transparenz, Effizienz und Effektivität, Fairness und Inklusion sowie Rechtsstaatlichkeit auszeichnen. Schließlich soll bei der Gestaltung des Verkehrssektors dafür gesorgt werden, dass die Ansichten aller Bürgerinnen und Bürger Berücksichtigung finden und die Stimmen der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft bei der Entscheidungsfindung gehört werden.

Wir, die für Verkehr zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Weltverkehrsforums, sind unter der Präsidentschaft von Mexiko zusammengekommen, um zu einem gemeinsamen Verständnis dieser Herausforderungen zu gelangen und unsere Antworten darauf abzustimmen.

Konnektivität im Dienste der Weltwirtschaft und des integrativen Zusammenlebens

Wir

- ▶ **bekräftigen**, dass gut entwickelte, wettbewerbsfähige, zuverlässige, sichere und nachhaltige Verkehrsnetze von großer Bedeutung sind, um effiziente Warenströme und individuelle Mobilität in allen Regionen zu ermöglichen;
- ▶ **erkennen an**, dass internationale Standards und Regeln, einschließlich derjenigen für Umweltschutz, Sicherheit und Gefahrenabwehr, evidenzbasiert und bedarfsgerecht sein sollen; sie sollten unter Beachtung der international anerkannten „guten Regulierungspraktiken“ verabschiedet und entsprechend der Notwendigkeiten im Hinblick auf die Beförderung von Waren und Personen umgesetzt werden;
- ▶ **ermutigen** die Festlegung und Durchsetzung von Standards und Verfahren im Hinblick auf eine engere Abstimmung zwischen den Interessenträgern zur Förderung der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Konnektivität;
- ▶ **unterstützen** die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen für die Verkehrspolitik auf nationaler Ebene zur Förderung von Kooperation und kohärenter Politikgestaltung zwischen den Verkehrsbehörden und anderen Ministerien mit verwandten Kompetenzbereichen, insbesondere Verkehr, Kommunikation, Energie, Umwelt, Stadtentwicklung, Wettbewerbsrecht, Arbeitsmarkt, Handel und Finanzwesen.

Verkehrsinfrastrukturen für die Teilhabe und die Mobilitätsbedürfnisse von morgen

Wir

- ▶ **erkennen an**, dass verantwortungsvolles Regierungshandeln erforderlich ist, um hochwertige Verkehrsinfrastrukturen bereitzustellen, welche eine effiziente Teilhabe und Mobilität ermöglichen, die Sicherheit, Zuverlässigkeit und Belastbarkeit erhöhen, die Umweltbilanz verbessern und letztendlich den fortwährenden Transformationsprozess hin zu einem immer nachhaltigeren Verkehrssektor unterstützen;
- ▶ **sehen** das Potential neuer interoperabler Formen der Datenbereitstellung und -nutzung, die noch intelligentere und nachhaltigere Verkehrsinfrastrukturen und Mobilitätsdienstleistungen ermöglichen;
- ▶ **streben** die Berücksichtigung strategischer und langfristiger Aspekte der Verkehrsinfrastrukturplanung auf allen Ebenen **an** und **heben hervor**, dass diese einer umsichtigen Planung bedürfen, um langfristige Investitionsrisiken mit der Notwendigkeit in Einklang zu bringen, Anpassungen an kurzfristige Prioritäten und Finanzierungsengpässe vornehmen zu können. Dies ist entscheidend für eine erfolgreiche Vorhabenrealisierung;
- ▶ **empfehlen** allen einschlägigen Stellen, ihre Bemühungen zur Schaffung umfassender und kohärenter Regulierungsrahmen für die Finanzierung zu intensivieren, um eine wirksame Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privatem Sektor zu fördern und die Erprobung innovativer Finanzierungskonzepte zu ermöglichen;
- ▶ **unterstützen** und **fördern**, wo immer dies möglich ist, den Austausch und die Umsetzung von bewährten Praktiken zur Einbindung privaten Kapitals im Hinblick auf die Reduzierung von Infrastrukturlücken sowie die Förderung der Produktivität bei gleichzeitiger Maximierung der Wirtschaftlichkeit.

Bedarfsgerechte Regelungen zur Stärkung der Innovationskraft

Wir

- ▶ **begrüßen** die Vorteile, die der Gesellschaft durch die Fortschritte im Bereich der neuen Technologien, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und die Digitalisierung entstehen, da diese die Verkehrsdienstleistungen selbst und deren Verfügbarkeit für alle verbessern;
- ▶ **erkennen an**, dass die regelungspolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen unter Umständen angepasst werden müssen, um innovative Verkehrs- und Mobilitätslösungen zu fördern und neue Geschäftsmodelle zu ermöglichen sowie gleichzeitig die Zugänglichkeit, die Sicherheit, die Interoperabilität und die Umweltbilanz zu verbessern;

- ▶ **unterstützen** Regierungsprogramme zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Unternehmerinnen und Unternehmern und Start-ups und tragen hierdurch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Produktivitätszuwachs bei.

Ein fester Rahmen für frei verfügbare Mobilitätsdaten

Wir

- ▶ **erkennen an**, dass Verkehrs- und Mobilitätsdaten ein wichtiges Element sind, um digitale Anwendungen zu entwickeln, die zur Effizienzsteigerung der Verkehrsdienstleistungen und der digitalen Wertschöpfung insgesamt beitragen;
- ▶ **unterstützen** neue Kooperationsformen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Bereitstellung und zum Austausch relevanter Daten, welche für die Planung und Durchführung von Verkehren hilfreich sind;
- ▶ **begrüßen** Initiativen, die darauf abzielen, alle von Regierungen erhobenen, nicht-personenbezogenen Verkehrsdaten frei zur Verfügung zu stellen;
- ▶ **ermuntern** die Verkehrsunternehmen, ihre Daten ebenfalls in offenen Standardformaten zur Verfügung zu stellen;
- ▶ **fördern** Maßnahmen zur Gewährleistung der Cybersicherheit und des Datenschutzes, die für das Vertrauen in die Datenerhebung, die Datenverarbeitung und die Bereitstellung von Daten entscheidend sind.

Integrative Teilhabe in Städten zur Verbesserung der Mobilität

Wir

- ▶ **erkennen an**, dass effiziente Gestaltungsbedingungen den demographischen Entwicklungen, den sich ändernden Lebensweisen und persönlichen Mobilitätspräferenzen Rechnung tragen müssen, da diese wichtige Impulse für Veränderungen des urbanen Mobilitätsgefüges setzen;
- ▶ **stärken** die institutionellen, gesetzgeberischen und regelungspolitischen Instrumente zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit konkurrierender Rechtssetzung und rechtlicher Koordinierung, mit neuen Mobilitätsformen und sich ändernden Reisegewohnheiten;
- ▶ **ermutigen** alle Verwaltungsebenen zur konkreten Zusammenarbeit, um zu gewährleisten, dass die Verkehrssysteme der schnell wachsenden Bevölkerung in urbanen Gebieten eine integrative Teilhabe an Dienstleistungen und nachhaltigen Mobilitätsangeboten ermöglichen;

- ▶ **empfehlen** allen zuständigen Behörden, die Bemühungen um eine effiziente Koordinierung des Verkehrs und der Mobilität, der Landnutzung und der Finanzierungsmechanismen zu verstärken, um die wirtschaftliche Vitalität zu unterstützen und den Umweltschutz sowie die soziale Sicherung zu gewährleisten.

+++